

Bürgerentscheid in Wachau läuft wie geschmiert

Pünktlich zum Nikolaustag kam die große Überraschung aus dem Hause Theo Müller. Sein Leppersdorfer Unternehmen Sachsenmilch wolle sämtlichen rund 2200 Haushalten der Gemeinde Wachau für die Dauer von drei Jahren 130 Euro zahlen, heißt es in einem Schreiben der Geschäftsleitung an alle Haushalte. Von Thomas Höring, Vorsitzender der Geschäftsleitung, wird das noble Geschenk als Zuschuss für die Energiekosten der Wachauer Haushalte bezeichnet. Allerdings ist es an die Bedingung geknüpft, dass die Wachauer am kommenden Sonntag beim Bürgerentscheid Ja zum umstrittenen Müllkraftwerk sagen. Und gezahlt werden soll ab Inbetriebnahme des Kraftwerkes. Das soll den Sachsenmilch-Plänen zufolge 2009 sein.

Vor allem die Leppersdorfer sind sauer. Viele haben ihre Grundstücke mit Transparenten bestückt, auf denen sie unübersehbar an alle Wahlberechtigten der Gemeinde appellieren, am Bürgerentscheid teilzunehmen und dort die Kraftwerkspläne mit einem Nein zu blockieren. Denn Sachsenmilch braucht von mehr als 25 Prozent der Wahlberechtigten ein Ja zur Änderung des derzeit gültigen Bebauungsplanes. Der lässt momentan nur Gebäudehöhen von höchstens 25 Metern zu. Doch das Ersatzbrennstoffkraftwerk könnte bis zu 48 und der Schornstein sogar 70 Meter hoch werden.

"Da es die Firma Sachsenmilch bis heute nicht geschafft hat, den allgemeinen Bürgerwillen in ihrem Sinne zu beeinflussen, versucht sie es jetzt mit unserer Meinung nach zweifelhaften Mitteln", schimpft Stefan Wenzel von der Interessengemeinschaft "Gesunde Zukunft - keine Müllverbrennung bei Müllermilch". Er spricht von einem Skandal, denn die jüngste Unternehmensinitiative sei nichts anderes als "gezieltes Erkaufen von Wählerstimmen". Sachsenmilch-Sprecher Wilfried Ludwig hält dagegen, in den vergangenen Wochen sei von den Wachauern immer wieder die Frage gestellt worden, was beim Bau eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerkes für sie "rüber komme". Der versprochene Zuschuss sei eine klare Antwort.

Die PDS-Landtagsabgeordnete Andrea Roth sieht in dieser Antwort den Versuch, mit Steuermitteln Wählerstimmen zu kaufen. Sie fordert deshalb das Regierungspräsidium Dresden auf, den Bürgerentscheid zu verschieben und erst einmal festzustellen, ob Sachsenmilch durch "Bestechung der Bürger unzulässigen Einfluss auf den Bürgerentscheid genommen hat".

"Wir werden die Angelegenheit vorsorglich prüfen, aber zuständig dafür ist das Landratsamt Kamenz", gibt RP-Sprecher Holm Felber Auskunft. Und mit dem Landratsamt sei die Sachsenmilch-Initiative abgesprochen, versichert Ludwig. Danach stehe es der Sachsenmilch AG als einem Privatunternehmen frei, die Bürger an dem Gewinn, den sich der Konzern von dem Kraftwerk verspricht, teilhaben zu lassen.

Finanziell bringt der Zuschuss das Unternehmen bestimmt nicht ins Schleudern. "Wir haben dafür eine Million Euro einkalkuliert", informiert Ludwig. In das Heizkraftwerk selbst will die Unternehmensgruppe Theo Müller rund 120 Millionen Euro investieren. "Durch den Bau des Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerkes in Leppersdorf wollen wir zukünftig Kosten sparen, den Standort stärken und uns so noch besser am Markt behaupten", erläutert Höring den Wachauern in seinem Brief.

3745 Wahlberechtigte sind am Sonntag aufgefordert, die Frage zu beantworten: Sind Sie dafür, dass der Gemeinderat Wachau durch Beschluss eines entsprechenden Bebauungsplanes den Bau eines Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerkes mit einer Kapazität von mehr als 6 t/h, höchstens jedoch 41 t/h Ersatzbrennstoff und einer Gebäudehöhe von mehr als 25 m, höchstens jedoch 48 m, im Industriegebiet Leppersdorf grundsätzlich ermöglicht?

bernd lichtenberger